

Zeitschrift: Profil : sozialdemokratische Zeitschrift für Politik, Wirtschaft und Kultur
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 50 (1971)
Heft: 6

Artikel: Sozialdemokratische Perspektiven
Autor: Heeb, Fritz
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-338383>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 25.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Dr. Fritz Heeb

Sozialdemokratische Perspektiven

Der gegenwärtige Zustand von Gesellschaft und Staat wird zutreffend mit der Bezeichnung: *privater Reichtum – öffentliche Armut* charakterisiert. Die privaten Grossunternehmungen, Banken, Versicherungsgesellschaften, Industriekonzerne und Grossverteilerfirmen bereichern sich in steigendem Masse. Mangel hingegen herrscht auf dem öffentlichen Sektor der sogenannten Infrastruktur, für den der Staat zu sorgen hat, indem er die Grundlagen für menschliches Zusammenleben, die Produktion und den Markt im Verkehrswesen, der Energieversorgung, der Bildung, der Gesundheit (Umweltschutz!) usw. sicherzustellen hätte. *Während die privaten Unternehmungen ihre Gewinne vermehren und in zunehmendem Masse Kapital zur Steigerung der Produktion investieren, leidet der Staat Not an finanziellen Mitteln und an rechtlichen Kompetenzen, die Bedürfnisse der Gesellschaft hinsichtlich des öffentlichen Verkehrs, des Wohnens, der Bildung, der Hygiene, der Altersvorsorge usw. zu befriedigen.* Ein auffälliges Beispiel erleben wir in Zürich in der Tatsache, dass zwar allgemein erkannt wird, die Förderung des öffentlichen Verkehrs sei das Mittel gegen das Chaos in den Städten, anderseits aber die Verkehrsbetriebe aus finanziellen Gründen ihre Leistung einschränken. Ein zweites Beispiel: Allgemein wird erkannt, dass die gewaltigen Aufgaben des Staates zur Sicherstellung der Infrastruktur, insbesondere des Verkehrs, der Siedlungspolitik und des Umweltschutzes, nur durch wissenschaftlich und auf lange Sicht geplante Massnahmen gelöst werden können. Unsere jahrhundertealte geheiligte Eigentumsordnung aber bewirkt, dass derartige Massnahmen nur mit dem Einsatz von Milliarden verwirklicht werden könnten, was sie praktisch verunmöglicht und was zur Fortsetzung der Handwerkelei mit Palliativmitteln zwingt.

Planung auf dem Gebiete des Bildungswesens, Planung auf dem Gebiete der Gesundheitspolitik stösst auf Schwierigkeiten und Hindernisse in den 100 Jahre alten Formen unserer kantonalen direkten Demokratie. Regierung und Verwaltung sind das faktische Zentrum gesetzgeberischer

und administrativer Initiative geworden. Das Parlament, in der Verfassung neben dem Volk als höchstes Organ gewollt, hat an Gewicht verloren. Das Volk als Gesetzgeber und dazu berufen, über alle bedeutenden Kreditvorlagen zu entscheiden, vermag nur ja oder nein zu den Vorschlägen zu sagen. Deren Zustandekommen und deren Zusammenhang mit den Gesamtaufgaben bleiben ihm weitgehend unbekannt. Vor allem hat das Volk keine Möglichkeit, zwischen Alternativen zu wählen.

Planung, die heute eine Beschäftigung von wenigen eingeweihten Experten ist, müsste unter demokratischer Beteiligung aller interessierten Kreise des Volkes zustande kommen. Nur so könnten weitausgreifende Pläne auch verwirklicht werden.

Ein empfindliches Hindernis zur Realisierung der Raum-, Verkehrs-, Gesundheits- und Bildungsplanung liegt weiter in der überkommenen Gemeinde- und Bezirksorganisation unseres Kantons. Die dringenden öffentlichen Aufgaben können von den Gemeinden nicht mehr gelöst werden. In unserem kantonalen Aktionsprogramm von 1969 schon hat die Partei Selbstverwaltung in regionalen Körperschaften postuliert. Auch das ist eine Forderung, die nur durch Änderung unseres öffentlichen Rechts realisiert werden kann.

Die Sozialdemokratische Partei setzt sich für den Kanton Zürich die Aufgabe, die öffentliche Armut abzuschaffen, den staatlichen Organen die nötigen Geldmittel und die rechtlichen Mittel zu dem Zwecke in die Hand zu geben, eine Politik grundlegender Reformen der Gesellschaft zu führen. Die Zielsetzung ist langfristig. Es handelt sich zurzeit in erster Linie darum, den Mitbürgern und Mitbürgerinnen die Fragwürdigkeit der gegenwärtigen Verhältnisse darzutun. Wir haben massenhafte Aufklärung zu betreiben. Voraussetzung dazu ist allerdings, dass sich unsere Partei selbst zur praktischen Kritik bereit und reformfreudig zeigt. Träges Beharren im Übereinkommen ist den anderen Parteien zu überlassen. Positionen im Staate sind nicht als Posten und Pfründen zu erstreben. Sozialdemokraten in Parlamenten, Behörden und Regierung haben sich nicht als blosse Verwalter, sondern als Veränderer auszuzeichnen.

Unsere Partei darf sich jedoch nicht mit der Rolle als korrigierender nachträglicher Faktor zufriedengeben. Sie muss darauf hinweisen, dass sie grundsätzlich neue Lösungen kennt und auswertet. Sie existiert nicht in erster Linie, um die Auswirkungen der geltenden Ordnung zu mildern, sondern um den Stimmbürger über die neuen und bessern Möglichkeiten zu informieren und diese Lösungen auf demokratischem Weg zu verwirklichen.

Dr. Arthur Schmid, Präsident der SPS
